

Calmer Tagblatt

Nr. 249

Amts- und Anzeigblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

97. Jahrgang.

Veröffentlichungsweise: 6mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die kleinste Zeile Nr. 10. —

Mittwoch, den 25. Oktober 1922.

Bezugspreis: In der Stadt mit Zustellgeld Nr. 315. — Vierteljährlich. Postbezugspreis Nr. 315. — mit Zustellgeld. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

Der Reichstag hat nun endgültig mit 312 gegen 76 Stimmen, also mit weit mehr als der vorgeschriebenen Zweidrittelmehrheit das Gesetz angenommen, daß der Reichspräsident bis 30. Juni 1925 sein Amt beibehalten soll.

Die Erhöhung des Preises für das erste Drittel der Getreideumlage wurde mit 236 gegen 160 Stimmen der Sozialdemokratie ebenfalls endgültig vom Reichstag angenommen.

Die Reparationskommission hat beschlossen, sich nach Berlin zu begeben, um mit der deutschen Regierung über die Maßnahmen zu verhandeln, die nach Ansicht der Kommission das deutsche Budget ins Gleichgewicht bringen und eine Stabilisierung der Mark herbeiführen könnten. Aus den heute morgen vorliegenden Presseberichten geht hervor, daß wie zu erwarten war, England und Frankreich sich über die an Deutschland zu richtenden Forderungen einigen werden, mit anderen Worten, daß England die Expansions- und Kontrollforderungen Frankreichs aufheben wird.

Die deutsche Regierung hat ebenfalls ausländische Sachverständige eingeladen, die sich über die Möglichkeit der Stabilisierung der deutschen Mark äußern sollen.

Zur Lage.

Der Sturz Lloyd George's ist in erster Linie auf die Niederlage Englands in der Orientpolitik zurückzuführen, die die Schwäche des englischen Weltreichs in offensichtlicher Weise enthüllt hat, was den Engländern natürlich recht unangenehm in die Nase gestochen hat. Die Ententepolitik war anfangs darauf gerichtet, das türkische Reich ganz aufzuteilen. Als aber die türkischen Nationalisten einen nationalen Widerstand gegen diese Vernichtungsbestrebungen organisierten, und durch Bündnisse mit Rußland und den Orientstaaten Persien und Afghanistan ihre Position zu härten vermochten, lenkten die Franzosen in Erkenntnis der Gefahren der sich hier anbahnenden Koalition ein, und unterstützten plötzlich die Türken in ihrem Kampfe gegen die Griechen, die leider auf das Wort der Alliierten vertrauend, sich dauernd in Kleinasien festsetzen wollten. Es war also ein raffiniertes französisches Schachzug zum Zwecke der Sicherung seiner europäischen Politik, daß man sich auf diese Weise das Orientproblem vom Hals schaffte, und die ganze Last der Disfragen auf Englands Schultern abließ, das sich nun isoliert den vereinigten Türken, Orientalen und Russen gegenüber befand. Die Schwierigkeiten dieser Situation bestanden nicht etwa lediglich in der Gefährdung der der Türkei geraubten Gebiete, nämlich Mesopotamiens und Palästinas, sondern vor allem in der Gefahr des Verlusts des englischen Ansehens im ganzen Orient, weil die Türken die gesamte mohamedanische Welt gegen die englischen Unterdrücker aufgerufen hatten. Und so sehen wir das Schauspiel, dessen Auswirkung wir schon bei Ausbruch des Weltkrieges erhofft hatten, daß der gesamte Orient von Ägypten bis Indien England als den Unterdrücker und Ausbeuter der orientalischen Völker betrachtet, und daß diese Völker sich zusammengeschlossen haben, um sich von dem Druck zu befreien. Ob es nun den Franzosen gelingen wird, die Bewegung, die letzten Endes nicht nur gegen England, sondern gegen die ganze Entente gerichtet ist, durch ihren Schachzug aufzuhalten, können wir einstweilen dahingestellt sein lassen, jedenfalls hat der Rücktritt bzw. Sturz Lloyd George's der Entente nun den gewünschten Anlaß zur Verzögerung der Orientkonferenz gegeben, bis die Alliierten sich über das Vorgehen in den verschiedenen Fragen klar geworden sind. Als weiterer aktiver Schritt zur Beschwörung der Gefahr im Osten hat Frankreich nun auch Wiederannäherung an Rußland gesucht, doch wird man auch hier das Ergebnis abwarten müssen, denn die Russen sind klug genug, die Annäherungsversuche entsprechend einzuschätzen, und möglichst für ihre Zwecke des wirtschaftlichen Aufbaus auszunützen.

Der demnächst beginnende Wahlkampf in England wird nun darum geben, ob die Konservativen, die einen engeren Anschluß an Frankreich — auf Kosten Deutschlands — wünschen, den Sieg davon tragen, oder Lloyd George, der die Franzosen im Interesse der „Beruhigung“ Europas, d. h. der Sicherung der englischen Welt Herrschaft, zu einem wirtschaftlichen Ausgleich mit Deutschland bringen möchte. Man darf nun nicht etwa annehmen, daß ein Kabinett Bonar Law zu restloser Unterstützung der Politik Poincaré's bereit wäre, dazu wäre die Opposition der Liberalen um Lloyd George und der Arbeiterpartei, die an-

scheinend diesmal besonders große Hoffnungen besitzt, zu groß, und außerdem würde auch dieses Kabinett durch weltpolitische und weltwirtschaftliche Ueberlegungen in seinen Entschlüssen beeinflusst werden. Aber das scheint durch den Sturz Lloyd George's schon erreicht zu sein, daß die Franzosen in bezug auf die Reparationspolitik heute stärker als je sind. Bekanntlich wünschen sie zwecks Stabilisierung des Markkurses eine vollständige Finanzkontrolle über Deutschland, und bei Zahlungsunfähigkeit produktive Pfänder (also weiteren deutschen Besitz), was natürlich zu einer weiteren Verschlechterung des Vertrauens in die deutsche Wirtschaftskraft führen müßte. Es gibt zwar auch einsichtige Kreise, die diese Politik nicht für zweckmäßig halten, weil sie schließlich, wie der Marksturz gezeigt hat, zum wirtschaftlichen Ruin Deutschlands führen muß, aber Poincaré und Genossen scheinen dieses Ziel ja zu erstreben, weil sie sich eben mit deutschem Lande bezahlt machen wollen, d. h. mit dauernder Besetzung des Rheinlands. Dieses Ziel steht den Franzosen höher als die Orientpolitik, weil sie durch Französisierung großer Teile des deutschen Volkes die Entvölkerung ihres Landes aufhalten wollen, und durch Beherrschung der rheinischen Volkswirtschaft Deutschland auch wirtschaftlich lahmlegen wollen. Daher das eigenartige Festhalten an unerfüllbaren Forderungen, denn Deutschland soll nicht mehr raufkommen. Es wird sich nun fragen, welche Auffassung bis zum Zusammentritt der Brüsseler Konferenz in Frankreich die Oberhand gewinnt. Der Vertrag Luberac-Sinnes scheint die maßgebenden Wirtschaftskreise in Frankreich der Meinung nahe gebracht zu haben, durch eine wirtschaftliche Annäherung auch eine einigermaßen erträgliche politische Situation zu schaffen. Wenn diese „Annäherung“ allerdings, wie von sonst unterrichteter französischer Seite angedeutet wurde, erst nach vorheriger „wirtschaftlicher“ Abtretung des Rheinlands erlaubt werden soll, dann werden wir uns dafür bestens bedanken.

In dieser Richtung darf und wird es bei uns keine Meinungsverschiedenheit geben. Wenn nun, wie allgemein behauptet wird, England im Hinblick auf die „Unterstützung“, die es seitens Frankreichs in der Dardanellenfrage erfahren hat, den Franzosen in bezug auf ihre Rheinlandpolitik Konzessionen gemacht hat, dann haben wir auch von der Brüsseler Konferenz feinerlei Erleichterungen zu erwarten, denn dann werden die unerfüllbaren Forderungen weiterhin zu Expansionsmaßnahmen benötigt werden. Aber die auf nächsten Monat angelegte Orientkonferenz wird ebenfalls auf unsere politische Situation einwirken, denn wenn, wie zu befürchten ist, die Türken mit Unterstützung der Russen und Orientvölker ihre Forderungen auf wirkliche Freiheit der Dardanellen und wohl noch andere Wünsche recht energisch vertreten, dann ist anzunehmen, daß der Druck auf Deutschland wieder verstärkt wird. Die Brüsseler und die Orientkonferenz werden in ihren Wechselwirkungen aufeinander zeigen, inwieweit die beiden Hauptspieler der Entente sich im Austausch der gegenseitigen Interessen über Deutschland und den Orient geeinigt haben. Die Hauptfrage wird dabei allerdings die sein, inwieweit es der Entente gelingen wird, die Disfragen wenn auch nicht zu lösen, so doch wenigstens vorläufig zum Stillstand zu bringen. O. S.

Die Reparationsfrage.

Bevorstehende englisch-französische Einigung in der Reparationsfrage.

London, 24. Okt. Der Pariser Berichterstatter der „Times“ meldet, eine wichtige Entwidlung der durch die Einigung zwischen der britischen und französischen These in der Reparationskommission geschaffenen Lage werde erwartet. Bradbury, Barthou und andere Mitglieder der Kommission würden, wenn der von den beiden Abgeordneten eingebrachte diesbezügliche Vorschlag angenommen werde, in kurzer Zeit nach Berlin reisen. Zusammenhängend mit dem Sturz der Mark erscheine es nach Ansicht eines Teils der Kommission angezeigt, an Ort und Stelle die Symptome zu untersuchen. In der Zwischenzeit gingen die nicht formellen Erörterungen weiter. In der gestrigen Nachmittagsitzung habe Barthou seine Gründe für eine genaue Kontrolle der deutschen Finanzen vorgebracht. Allgemein war bekannt, daß die Kommission vielleicht weitere Steuern fordern werde. Die Ansichten Bradburys und Barthous über die Möglichkeit der Festsetzung von neuen Steuern gingen jedoch auseinander. Es sei nicht so sehr zu befürchten, daß Deutschland sie nicht erheben werde, als daß sie nur eine unbedeutende Summe einbringen würden, und daß die Mark noch verschlechtert würde. Man sei der Ansicht, daß eine außerordentliche Körperschaft nicht in die innere Finanzverwaltung eingreifen könne, ohne eine ernste Verantwortung zu übernehmen, die nicht durch entspre-

chende Vorteile ausgeglichen werde. Bradbury habe erkannt, daß der Marksturz so schnell gehe, daß einige seiner Vorschläge bereits illusorisch seien, während der Vorschlag Barthous an sich nicht zur sofortigen Stabilisierung der Mark beitragen werde. — Also will man lediglich Pfänder und Kontrolle, aber keine Regelung der deutschen Finanzwirtschaft.

Entschluß der Reparationskommission zu Verhandlungen mit der deutschen Regierung.

Paris, 24. Okt. Die Reparationskommission veröffentlicht folgende amtliche Auslassung: Die Reparationskommission hat nach drei Sitzungen, in denen sie offiziös die von der englischen und der französischen Delegation eingebrachten Vorschläge und andere im Laufe der Verhandlungen gemachten Anregungen geprüft hat, einstimmig beschlossen, sich nach Berlin zu begeben, um mit der deutschen Regierung über die Maßnahmen zu verhandeln, die die Kommission für die Herstellung des Budgetgleichgewichts und zur Stabilisierung der Mark für nötig erachtet. Die Kommission wird am Samstag abend abreisen.

Einladung ausländischer Finanzfachverständiger durch die deutsche Regierung.

Berlin, 24. Okt. Die Reichsregierung hat eine Reihe hervorragender Finanzfachverständiger des Auslands nach Berlin eingeladen, um mit ihnen darüber zu beraten, welche Maßnahmen zur Stabilisierung der Währung bei der gegenwärtigen Lage Deutschlands ergriffen werden können. Die Beratungen werden, wie wir erfahren, in Kürze stattfinden.

Empfang von Arbeitern des französischen Wiederaufbaukomitees durch den deutschen Reichszentralrat.

Berlin, 25. Okt. Der Reichszentralrat empfing gestern die Vertreter des Aktionskomitees für die zerstörten Gebiete Nordfrankreichs unter Führung des Redakteurs des „Peuple“, Grumbach. Staatssekretär Müller vom Reichsministerium für Wiederaufbau und Reichstagsabgeordneter Silber Schmidt wohnten dem Empfang bei. Der Anlaß des Besuchs war der gestern erfolgte Abschluß des Abkommens zwischen dem Aktionskomitee und dem Verband sozialer Baubetriebe für die zerstörten französischen Gebiete. Der Reichszentralrat brachte das Interesse der Reichsregierung zu dem Vertragsabschluß zum Ausdruck und erklärte, daß er die Durchführung des Abkommens nach Möglichkeit unterstützen werde. Voraussetzung hierfür sei allerdings, daß man zu einer Einigung über die Höhe der deutschen Kohlenlieferungen komme, die den lebensnotwendigen Bedürfnissen der deutschen Wirtschaft hinreichend Rechnung trage.

Frankreich verlangt Stickstoffdünger.

Paris, 24. Okt. Im heutigen Ministerrat ist auf Vorschlag des Landwirtschaftsministers beschlossen worden, neben den übrigen Sachlieferungen von Deutschland auch die Lieferung des erforderlichen Stickstoffdüngers für die französische Landwirtschaft zu verlangen.

Ein Kabinett Bonar Law.

Das neue englische Kabinett.

London, 25. Okt. Das neue Kabinett ist gestern abend folgendermaßen gebildet worden: Premierminister: Bonar Law, Lordkanzler: Viscount Cane, Lordpräsident des Geheimen Rats und stellv. Führer des Oberhauses: Lord Salisbury, Schatzkanzler: Baldwin, Staatssekretär des Innern: Bridgeman, Staatssekretär der Kolonien: Herzog von Devonshire, Staatssekretär für Indien: Viscount Peel, Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten: Lord Curzon, Staatssekretär des Kriegsams: Lord Derby, Handelsminister: Sir Philipp Lloyd Greaves, Erster Lord der Admiralität: Amery, Gesundheitsminister: Sir Arthur Boscawen, Landwirtschaftsminister: Sir Robert Sanders. — Einige Ämter sind noch zu besetzen. Auch die Unterstaatssekretäre sind noch nicht ernannt.

Mac Kenna für Bonar Law.

London, 25. Okt. Der frühere Schatzkanzler im liberalen Kabinett, Asquith, und jetzige Vorsitzende der London Joint City and Midland Bank, Mac Kenna, richtete in vielbeachteten Reden in der City, die er für Bonar Law gehalten hatte, scharfe Angriffe gegen die Regierung Lloyd Georges, der er vorwarf, daß trotz der beklagenswerten Lage der Industrie die Ausgaben in rücksichtsloser Weise fortgesetzt worden seien, was eine große Gefahr für die

eingeladen und Bodensee nach gerschundenen

In Böhren sche mit einer damals Selbst sich um einen emminger und ein zweiter, Böhren, zur

ast.

er Schwelzer

ay in Stutt 0 bis 350 M dem Charlot 400 Mark markt waren war lebhaft, bis 4500 M

afeläpfel das bis 350 M, süße 150 M, M. Zufuhr e Zufuhr — gelitten. — hrt ca. 4000

Moßobst Lo 0 bis 600 M. hren. Preis

n n. Calw. Calw.

n g. weisen, daß an

Stärke, r von 16 NK. den dürfen.

tiger Stroment-

pleigen Installa- llen, die obigen

a: Schlaich.

pparat Betrieb.

er 1922.

her Teil- im Heim- er guten

uhfestste, n Dekan n können zgl. Dank. liebenen.

eder Höhe ste an Jedermann anzahlung durch Ravensburg, stiftet.

oder später Zimmer

ucht. ebote unter S. C. Geschäftsst. d. Bl.

Calw

rt oder später Bohnhaus

kau, enge sucht. ebote unter S. C. Geschäftsst. d. Bl.

Calw

rt oder später Bohnhaus

kau, enge sucht. ebote unter S. C. Geschäftsst. d. Bl.

Calw

rt oder später Bohnhaus

kau, enge sucht. ebote unter S. C. Geschäftsst. d. Bl.

Calw

rt oder später Bohnhaus

kau, enge sucht. ebote unter S. C. Geschäftsst. d. Bl.

Calw

rt oder später Bohnhaus

kau, enge sucht. ebote unter S. C. Geschäftsst. d. Bl.

wirtschaftliche Stabilität Englands bedeute. Die Ansammlung von Kapitalreserven und die natürliche Entwicklung des englischen Handels sei dadurch verhindert worden. England brauche eine Periode des wirklichen Friedens, Sparsamkeit in der Verwaltung und die Aufrechterhaltung guter internationaler Beziehungen, was nur möglich sei, wenn die Aufrichtigkeit der britischen Diplomatie unanfechtbar sei. Es brauche die Wiederherstellung des Vertrauens in den Handel und in die weise Leitung seiner Finanz- und seiner Außenpolitik. Man habe böse Erfahrungen gemacht mit der Politik improvisierter Abenteuer, ohne Rücksicht auf die Kosten und die Folgen. Verglichen mit der Lage am Tage des Waffenstillstandes sei für den Wiederaufbau Europas und Englands bis heute nichts geschehen. Mac Kenna lobte den Mut und die Ueberzeugung Bonar Law's und fügte hinzu, daß der Name Stanley Baldwin als Schatzkanzler in der City begrüßt werde. Nachdem Mac Kenna darauf hingewiesen hatte, daß die Bildung einer Arbeiterregierung mit dem vor kurzem verkündeten Programm nicht gleichgültig lassen könne, betonte er, daß das Programm Bonar Law's die einzige Aussicht auf Stabilität und Sparsamkeit, sowie auf eine fähige Regierung biete.

Zur auswärtigen Lage.

Das ewige Spiel mit der Zurückziehung der amerikanischen Truppen.

Paris, 24. Okt. Nach einer Havas-Meldung aus Washington hat die Regierung noch keine Entscheidung über die Zurückziehung der amerikanischen Truppen aus dem Rheinland getroffen. In politischen Kreisen hat man aber den Eindruck, daß vor Jahresfrist die Angelegenheit noch einmal in Erwägung gezogen werden soll.

Das französisch-polnische Militärabkommen.

Warschau, 25. Okt. Der Pariser Korrespondent der „Gazeta Warszawska“ meldet, während der Anwesenheit Sikorskis in Paris seien keine neuen Verträge unterzeichnet worden, aber es sei die enge Zusammenarbeit des französischen und des polnischen Generalstabs in der Frage der Ausbildung und der Ausrüstung der polnischen Armee und in anderen Fragen festgelegt worden.

Ein eigentümlich begründeter französischer Kredit für Polen.

Paris, 24. Okt. Der französischen Kammer ist ein Gesetzentwurf zugegangen, nach dem die französische Regierung der polnischen Regierung einen Kredit bis zu 400 Millionen Franken, für den die polnische Regierung Garantien zu liefern hat, gewährt. In der Begründung hierzu wird angeführt, daß die polnische Regierung diesen Kredit im Februar 1921 zur Bestreitung von Organisationsausgaben, die in Frankreich vorgenommen werden sollen, verlangte. — Die französische Presse hat bis jetzt von diesem Antrag keine Kenntnis gegeben und auch nicht angedeutet, was für Ausgaben es sind, die die polnische Regierung innerhalb Frankreichs vorzunehmen gedenkt, um Organisationsverbesserungen zu treffen. — Es wird sich um Bestellungen von Kriegsmaterial handeln.

Der Verbrecher Korjanty.

Polnisch-öberschlesische Arbeiterblätter schreiben über Korjanty: Der Verbrecher W. Korjanty, der den Priester Wospich hat ermorden lassen, begnügt sich nicht damit, daß er hier in Oberschlesien Arbeiter hat verprügeln lassen. Er hat noch andere Ziele; er terrorisiert die Bevölkerung, wo er noch wenig Einfluß hat. Er sendet nach Oberschlesien seine Agenten, die ihm wieder eine Bojowka (Stoßtrupp) zusammenwerben sollen. Diese sprengen dann die Volks- und Arbeiterversammlungen. Die Agenten Korjantys werden vor allen Dingen Bojowkaleute unter den Flüchtlingen und völlig demoralisierten Menschen, welche unbedingt ins Gefängnis gehören. Die Lage der unglücklichen Flüchtlinge mißbraucht Korjanty in der Weise, daß er bei einer Bezahlung von 50 000 polnischen Mark wöchentlich diese auf die Bevölkerung losläßt, damit er selbst der Premierminister werde. Einige sind schon von ihrer Mission zurückgekehrt; mit gelben Stiefeln und Uhren. Einige dieser Bojowkaleute wurden von den Bauern mit Mistgabeln aus den Ortschaften herausgejagt. Sie bedanken sich bestens für die Schützlinge Korjantys. Die Behörden machen wir darauf aufmerksam, daß diese einen jeden solchen Menschen beobachten, denn man kann es nicht zulassen, daß diese Bojowkaleute angestellt werden, die auf Befehl Korjantys die Arbeiter- und Volksversammlungen sprengen, stahlen, und sich an der ruhigen Bevölkerung veründigten.

Von der internationalen Arbeitskonferenz.

Genf, 21. Okt. In dem Ausschuss für Reform des Reglements der internationalen Arbeitskonferenz beantragte heute Jouhaux, Vertreter der französischen Arbeitnehmer, die Einführung der deutschen Sprache als gleichberechtigte Amtssprache der internationalen Arbeitsorganisation. Nach einer langen Debatte, in deren Verlauf namentlich deutsche Delegierte, sowie jugoslawische und schwedische Vertreter sich zu Gunsten der deutschen Sprache erklärten, wurde der Antrag mit 14 gegen 12 Stimmen abgelehnt. — Es handelt sich hier um ein Vorgehen der Entente, die Deutschland auch kulturell bekämpfen will. Unsere stets vertretene Auffassung, daß die gesamte Organisation des von den Alliierten gegründeten „inter“-nationalen Arbeitsamts in Genf lediglich zu propagandistischen Zwecken für diese Staaten benützt wird, finden wir auch in diesem Falle wieder bestätigt.

Genf, 23. Okt. Die Vorschlagskommission der internationalen Arbeitskonferenz beschloß heute, einen neuen Ausschuss einzusetzen, der mit dem Studium der Arbeitslosenfrage betraut werden soll. Hieran anschließend traten die einzelnen Gruppen der Konferenz zusammen, um ihre

Amtliche Bekanntmachungen.

Bezirkspolizeiliche Vorschrift zur Sicherung des Verkehrs mit der Kraftfahrzeuge.

Auf Grund des § 366 Ziffer 10 in Verbindung mit § 368 Ziff. 8 des RStG, sowie gem. Art. 51 und 52 des VStG, vom 27. Dez. 1871 ist folgende Vorschrift erlassen worden:

§ 1.

Fußgänger, Reiter, sowie Fuhrwerke aller Art haben der Feuerwehr sofort die Straße vollständig freizugeben.

Soweit dies nicht ganz möglich ist, muß sofort genügend ausgewichen und dann stillgehalten werden bis die Feuerwehr vorüber ist.

Ist es nicht möglich, die Feuerwehr vorfahren zu lassen, so haben Reiter und Fuhrwerke zur Vermeidung jeden Aufenthalt sofort in beschleunigter Gangart bis zur nächsten Ausweichstelle voranzueilen und dort Halt zu machen. Das Herannahen der Feuerwehr wird durch helle Glodensignale angekündigt.

§ 2.

Unbefugten ist streng verboten, die Feuerlöschgeräte zu besteigen oder sich anderweitig an ihnen zu schaffen zu machen.

§ 3.

Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 600 M oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft.

Calw, den 23. Oktober 1922.

Oberamt: Bögel, Ammann.

Vertreter für den neuen Ausschuss zu bestimmen. Dabei wurden Deutsche aller drei Gruppen der Konferenz in Vorschlag gebracht, d. h. sowohl Vertreter der Regierung, als auch solche der deutschen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. — Die Plenarsitzung trat heute vormittag in die Besprechung des Berichts des Direktors des Internationalen Arbeitsamts ein.

Berichte zur Stabilisierung des Sowjetrubels.

Moskau, 23. Okt. Wie gemeldet wird, hat der Rat der Volkskommissare beschlossen, der Staatsbank zur Erweiterung ihres Umlaufkapitals das Recht auf Ausgabe von Banknoten zu gewähren, die durch feste ausländische Wäluen, leicht umsehbare Waren und kurzfristige Wechsel sichergestellt werden. Die Banknoten werden zu ihrem Nennwert als Zahlungsmittel für alle staatlichen, in Geld zu entrichtende Abgaben angenommen, wobei die Summe unabhängig von dem Kurs des Papierrubels ist, was langfristige Geschäfte ermöglicht. Von der Ausgabe dieser Banknoten wird eine günstige Wirkung auf die Stabilisierung des Rubelkurses und eine Erleichterung des Handelsverkehrs erwartet.

Bermischtes.

Neue Vorbereitungen zur Erforschung des Nordpols.

Berlin, 23. Okt. Die „B. Z. am Mittag“ meldet: In Seattle ist die Nachricht eingetroffen, daß Amundsen und sein Begleiter Omdahl im Begriff seien, sich ihr Winterquartier zurecht zu machen. Beide Forscher litten keine Not und seien mit Heizungs- und Lebensmitteln überreichlich versehen. Im Mai oder spätestens im Juni solle der Flug über den Nordpol angetreten werden. Angeblich soll Amundsen geäußert haben, daß die „Maud“ in schnellbeweglichem Treibeis gekommen sei, sobald die Fahrt über den Pol nach Spitzbergen wohl nicht länger als ein Jahr dauern werde.

Furchtbares Familiendrama.

Düsseldorf, 25. Okt. Wie die „Düsseldorfer Nachrichten“ aus Oppeln melden, brachte sich der in Quettingen wohnende Reinhold K e m m e r auf furchtbare Weise ums Leben, wobei er drei andere Personen mit sich in den Tod nahm. Kemmer, der anscheinend in einem Anfall von Schwermut Selbstmord begehen wollte, zündete auf einem Weidplatz in der Nähe seiner Wohnung eine Zündschnur an, die an einer Granate befestigt war, und setzte sich auf die letztere. Einer seiner Freunde, sowie dessen Braut und dessen Mutter eilten herzu, um die Zündschnur zu löschen. Es war aber bereits zu spät und die unter furchtbarem Knall explodierende Granate zerriß alle vier Personen.

Deutschland.

Tagung des Staatsgerichtshofs.

Leipzig, 24. Okt. Der Staatsgerichtshof verurteilte den Kaufmann Göthe aus Halle wegen Beleidigung des Reichspräsidenten und des Reichsfinanzministers zu 9 Monaten Gefängnis und legte ihm die Kosten des Verfahrens auf. Den Beleidigten wurde außerdem das Publikationsrecht zugesprochen. Der Angeklagte bezeichnete in einer nationalistischen Versammlung die Mitglieder der Regierung als Lumpen und Schieber, die beseitigt werden müßten. — Hierauf begannen die Verhandlungen gegen Dr. Stein auf Burg Saale und Kapitänleutnant Wolfgang Dietrich, die wegen Begünstigung der Mörder Erzbergers angeklagt sind.

Das Urteil gegen die Attentäter auf die Mannheimer Börse.

Mannheim, 24. Okt. In dem Prozeß vor dem Mannheimer Schwurgericht wegen des Bombenattentats auf die Mannheimer Börse bejahten die Geschworenen die Frage auf unbefugten Besitz von Waffen bezw. Beihilfe zu diesem Vergehen. Sämtliche Fragen, die sich auf das Vergehen gegen das Sprengstoffgesetz bezogen, wurden verneint. Das Urteil gegen den Nationalsozialisten J a n s e n lautete auf 9 Monate Gefängnis, gegen Schumm auf 6 Monate und gegen Förster auf 2 Monate Gefängnis, ge-

gen den Angeklagten Maurice soll in der nächsten Schwurgerichtsperiode verhandelt werden.

Die Frage der nächstjährigen Wohnungsabgabe.

Berlin, 24. Okt. Der Wohnungsausschuss des Reichstags beschloß, dafür einzutreten, daß zur Bereinigung der erforderlichen Mittel für die nächstjährige Bauperiode eine Wohnungsabgabe von 500 Prozent der Friedensmiete erhoben wird.

Beratung über die neuen Tarifierhöhungen bei der Post ab 1. Dezember.

Berlin, 25. Okt. Der Verkehrsbeirat beim Reichspostministerium beriet gestern die neuen Vorlagen über die Post-, Telegraphen- und Fernspreckgebühren, die am 1. Dezember in Kraft treten sollen. Der Reichspostminister begründete die Gebührenerhöhung mit der unaufhaltsam fortschreitenden Markentwertung und der dadurch hervorgerufenen Verteuerung aller Betriebs- und Personalkosten. Die Postverwaltung bleibe mit den neuen Gebührevorlagen noch weit hinter der Geldentwertung zurück, da bei der Annahme der vorgeschlagenen Sätze für das Jahr 1922 noch ein Defizit von 35 Milliarden Mark verbleibe. Die Verwaltung glaube aber, dem Volksganzen besser zu dienen, wenn sie die Gebühren nötigenfalls später wieder erhöhe, als wenn die Steigerung auf einmal so sprunghaft vorgenommen werde. Der Verkehrsbeirat stimmte den Ausführungen des Ministers zu. Die Gebühren für Postkarten, Briefe, dienstliche Aktenbriefe von Behörden, Drucksachen, Ansichtskarten, Geschäftspapiere, Warenproben, Mißsendungen, Päckchen, sowie die Versicherungsgebühren werden verdoppelt. Postanweisungen kosten für 100 M 10 M, steigend bei 5000 bis 10 000 M auf 40 M. Der Tarifaufbau für den Paketverkehr wird in Erfüllung der wiederholt gestellten Anträge dahin abgeändert, daß die Gebühren unter Beibehaltung der ersten Gewichtsstufe bis 5 Kilo für das überschneidende Gewicht von Kilo zu Kilo gestaffelt werden. Danach kosten Pakete in der Nahzone (bis 75 Km.) bis 5 Kg. 60 M und steigend bis 10 Kg. um 12 M je Kg., von 11 bis 20 Kg. um je 24 M. In der Fernzone (über 75 Kilometer) werden die Sätze verdoppelt, ebenso die Auslandsgebühren. Die Telegrammgebühren stellen sich wie folgt: für gewöhnliche Telegramme auf alle Entfernungen: 1. Grundgebühr 20 M, 2. Wortgebühr 10 M für jedes Wort, bei Orts- und Pressetelegrammen 10 M Grundgebühr und 5 M Wortgebühr. Beim Postschekverkehr soll die Gebühr für Bareinzahlungen mit Zahlkarte der höheren Postanweisungsgebühr angepaßt, d. h. auf die Hälfte dieser Gebühr festgelegt werden. Für bargeldlos begleitete Zahlkarten wird dieselbe Gebühr, im Höchstfall eine Gebühr von 50 M für die Zahlkarte, erhoben. Für jede von der Zahlstelle des Postschekamts bargeldlos und für jede an die Abrechnungsstelle der Reichsbank beglichene Auszahlung beträgt die Gebühr 1 v. T. des im Scheck angegebenen Betrags, für jede Barauszahlung durch eine Zahlstelle des Postschekamts, sowie für die Ueberweisung des Schecks durch das Postschekamt an eine Postanstalt und für jede weitere Behandlung des Schecks 5 v. T. des im Scheck angegebenen Betrags. — Die Vorlagen gehen nunmehr dem Reichsrat und dem Reichstagsausschuss zu.

Deutscher Reichstag.

Der Reichspräsident bis 1925 in seinem Amt bestätigt. Annahme der Erhöhung des Preises für die Getreidemlage.

Berlin, 24. Okt. Die Sitzung beginnt vormittags kurz nach 11 Uhr. — Auf der Tagesordnung stehen zunächst kleine Anfragen. Auf eine Anfrage des Abg. Kahl (D. V. P.) wird erwidert, daß im Falle des Eisenbahnassistenten, der gelegentlich eines in Bingen gegen ihn eingeleiteten Strafverfahrens erklärt hatte, daß er sich nur einer französischen Behörde stellen werde, da er die französische Staatsangehörigkeit erworben habe, disziplinarisch gegen ihn eingeschritten werden soll. Auf eine weitere Anfrage des gleichen Abgeordneten wird erklärt, daß eine Zusammenstellung der Ausschreitungen der Besatzungstruppen dem Reichstag vorgelegt werden soll. Auf eine Anfrage des Abg. G i e b e l (Soz.), die die Vermutung ausdrückt, daß die Landwirte absichtlich Kartoffeln zurückhalten, um höhere Preise zu erzielen, wird erwidert, daß an Regierungsstelle davon nichts bekannt ist. Die demokratische Interpellation zur Lehrerbildungsfrage wird von der Regierung in der geschäftsordnungsmäßigen Frist beantwortet werden. Die vierte Regelung der Besoldungsvorschriften wird dem Ausschuss überwiesen. Der Gesetzentwurf über die Pfländbarkeit von Gehaltsansprüchen und ebenso der über die Verlängerung der Zuerkennung für Weine dieses Jahrganges wird in allen 3 Lesungen angenommen. Die dritten Lesungen der Vorlage über die Verlängerung der Amtsdauer des Reichspräsidenten und über die Getreidemlage werden debattelos erledigt. Die namentliche Abstimmung wird bis 1/1 Uhr zurückgestellt. Da wegen der schnellen Arbeit des Reichstags die Regierungsvertreter zum Angestelltengesetz noch nicht zur Stelle sind, muß eine Pause bis 12 Uhr mittags eintreten.

Nach der Pause kommt das Angestelltengesetz zur dritten Lesung. Der Reichsarbeitsminister Brauns bittet nochmals, die höheren Beamten und Direktionsmitglieder als Beamte auf Lebenszeit anzustellen. Für den Fall der Ablehnung dieses Wunsches empfiehlt er einen vom Zentrum eingebrachten Eventualantrag, daß die lebenslängliche Anstellung in den ersten drei Jahren der Amtstätigkeit wieder erfolgt sein soll. Nach kurzer Debatte wird der Hauptantrag auf lebenslängliche Anstellung mit 210 gegen 182 Stimmen abgelehnt und der Zentrumsantrag mit 207 gegen 174 Stimmen angenommen. Ebenso gelangt das ganze Gesetz mit obiger Abänderung zur Annahme. Es folgt die Schlussabstimmung über die Amtsverlängerung des Reichspräsidenten. Ein Geschäftsordnungsantrag Koenen-Ledebour auf Wiederaufnahme der Debatte wird abgelehnt und die Verlänge-

rung der Amtsverlängerung gegen 76 Stimmen abgelehnt. Der für Verfassungsergänzung durch die Verfassungsergänzungskommission vorgeschlagene Antrag auf Verfassungsergänzung durch die Verfassungsergänzungskommission wird abgelehnt. Der für Verfassungsergänzung durch die Verfassungsergänzungskommission vorgeschlagene Antrag auf Verfassungsergänzung durch die Verfassungsergänzungskommission wird abgelehnt.

Annahme d.

Berlin, 25. Okt. Die Sitzung beginnt am 30. Juni 1925. Der Reichspräsident hat den Reichspräsidentenwahlgesetz beschlossen. Der Reichspräsident hat den Reichspräsidentenwahlgesetz beschlossen. Der Reichspräsident hat den Reichspräsidentenwahlgesetz beschlossen.

Ern.

Die Studien der Landwirtschaftlichen Fakultäten zu den Erfolgen des Jahres 1921. Wenn die Studien der Landwirtschaftlichen Fakultäten zu den Erfolgen des Jahres 1921. Wenn die Studien der Landwirtschaftlichen Fakultäten zu den Erfolgen des Jahres 1921.

für das I.

Man schreibt eine Verammlung grüdniswesens Referent, Leichten Ausführungs der fortlaufend hielten. Es Reg. Blatt Nr. schauer. Die T gelung, zur Se Grabes einen die Hälfte) fest betrachte dessen, sich der Beerdigung sprach nimmt, zeichnen, im G Vertreter der amtsarzt Dr. ranten noch erl namentlich ab sammlungen ab männer geleitet.

Sirau, 24.

Komfortablen Verfügung ge eriums eröffne gelichen zahlreicher B mit Streichqu Zu dem Stre Haydn, Glud musikalischer naunrat Bö l Schneider, E hebendes, was schenden Publ

...hsten Schwur
...ngsabgabe
...Reichstags Be
...der erforder
...eine Wohnungs
...ben wird.
...hungen
...er.
...im Reichspost
...gen über die
...die am 1. De
...stminister be
...haltfam fort
...herausgeru
...malkosten. Die
...hrensverlagen
...a bei der An
...hr 1922 noch
...ie. Die Ver
...r zu dienen,
...wieder erhöhe
...ngshaft vorge
...den Ausfüh
...r Postkarten,
...n, Drucksachen,
...en, Mischge
...hrt werden
...100 M 10 M,
...r Tarifaufbau
...wiederholt ge
...Gebühren un
...s 5 Kilo für
...gestaffelt wer
... (bis 75 Km.)
...12 M je Kz.,
...zone über 75
...ellen die Aus
...sternung;
...M für jedes
...M Grundge
...verkehr soll
...arte der höhe
...auf die Hälfte
...gelblos begli
...höchste Fall eine
...en. Für jede
...blos und für
...nt beglückene
...im Scheck an
...g durch eine
...überweisung
...ostanstalt und
...v. T. des im
...n gehen nun
...schuß zu.
...nt befähigt.
...lage.
...tags kurz nach
...st kleine An
...B. P.) wird er
...er gelegentlich
...fahrens erklärt
...stellen werde,
...den habe, dizi
...auf eine weitere
...daß eine Zu
...struppen dem
...eine Anfrage
...sdrückt, daß die
...höhere Preise
...le davon nichts
...Lehrerbildungs
...dnungsmäßigen
...der Besoldungs
...Gesekentwurf
...und ebenso der
...Weine dieses
...en. Die dritten
...Amtsdauer des
...werden debattie
...bis 1/2 Uhr
...Reichstags die
...nicht zur Stelle
...ten.
...zur dritten Le
...t nochmals, die
...Beamte auf Le
...ng dieses Wun
...hsten Eventual
...den ersten drei
...ll. Nach kurzer
...liche Anstellung
...Zentrumsantrag
...so gelangt das
...ne. Es folgt die
...des Reichsprä
...Lebedour auf
...die Verlänge

rung der Amtsdauer des Präsidenten bis 30. Juni 1925 mit 312 gegen 76 Stimmen angenommen bei einer Stimmenthaltung. Präsident L ö b e stellt fest, daß die Annahme des Antrags mit der für Verfassungsänderungen notwendigen Zweidrittelmehrheit erfolgt ist. Durch diesen Beschluß wird das bisherige Provisorium beendet und der gegenwärtige Präsident ersucht, sein Amt als Reichspräsident bis 1925 weiterzuführen. Ein deutsch-nationaler Antrag, der die Verkündigung dieses Beschlusses auf 3 Monate hinauschieben will, um hierzu einen Volksentscheid herbeizuführen, wird in namentlicher Abstimmung mit 310 gegen 77 Stimmen bei 10 Stimmenthaltungen abgelehnt. Präsident L ö b e: Der Antrag hat nicht das für solche Fälle vorgeschriebene Drittel erhalten. Der erste Beschluß tritt damit sofort in Wirksamkeit. Das Präsidium des Reichstags wird sich unmittelbar nach Schluß der Sitzung zum Reichspräsidenten begeben, um ihn zu fragen, ob er diesem Ersuchen stattzugeben will. Vor Schluß der Abstimmung über die Getreideumlage beantragen die Abgeordneten Roenen (Komm.) und Lebedour (Unabh.) nochmals die Wiederaufnahme der Debatte, zumal eine Regierungskrise eingetreten ist. Der Antrag wird nach langer Geschäftsordnungsdebatte abgelehnt und die Getreideumlage nach den Beschlüssen der zweiten Besang mit 236 gegen 160 Stimmen angenommen. Abg. L e b e o u r (Unabh.) beantragt zur Geschäftsordnung, die Sitzung für eine Stunde auszusetzen und den Reichskanzler zu ersuchen, in der neuen Sitzung Auskunft darüber zu geben, auf welche Parteien er sich in Zukunft zu stützen gedenkt. Nach dem Ausfall der Abstimmung siehe der Reichskanzler vor der Unmöglichkeit, seine bisherige Politik fortzuführen. Daher müsse er den Reichstag auflösen und an die Wähler appellieren. Der Antrag wird abgelehnt. Sodann wird das Gesetz, das die Gehaltspfungsgrenze auf 120 000 Mark festsetzt, in 3. Lesung angenommen. Das Haus vertagt sich nach 3 Uhr auf den 7. November nachmittags 3 Uhr. Die Festsetzung der Tagesordnung bleibt dem Präsidenten vorbehalten.

Annahme der Präsidentschaft durch den Reichspräsidenten.
Berlin, 25. Okt. Anschließend an die Abstimmung über die Verlängerung der Amtsdauer des Reichspräsidenten bis zum 30. Juni 1925 begab sich der Reichstagspräsident L ö b e zum Reichspräsidenten E b e r t, um ihm Mitteilung von dem Beschluß des Reichstags zu machen. Beim Reichspräsidenten waren bereits der Reichskanzler und der Reichsminister des Innern anwesend. Der Reichstagspräsident richtete an den Reichspräsidenten eine Ansprache, worauf dieser erwiderte. Zum Zeichen der Beendigung des provisorischen Zustandes wurde auf dem Gebäude des Reichspräsidenten dessen Standarte gehißt, die nunmehr bei seiner Anwesenheit ständig gehißt werden wird. Eine halbe Stunde später machte der Reichspräsident dem Reichstagspräsidenten einen Gegenbesuch.

Aus Stadt und Land.
Calw, den 25. Oktober 1922.
Erntehilfe für die Landwirtschaft.
Die Studentenhilfe Tübingen hat im Benehmen mit der Landwirtschaftskammer sich bereit erklärt, sofort Studenten zu den Erntegeschäften in der Landwirtschaft gegen Ertrag des Fahrgeldes und freie Station zur Verfügung zu stellen. Wenn eine größere Anzahl Studenten angefordert wird, ist das Rektorat und das Kultministerium in dankenswerter Weise bereit, den Beginn der Vorlesungen zu verschieben. Die Landwirte, die Arbeitskräfte benötigen, haben sich direkt telefonisch an die Studentenhilfe Tübingen (Telephon 153) zu wenden.

Tagung des Verbands für das Leichenschau- und Begräbniswesen.
Man schreibt uns: Gestern fand hier im Gasthof z. „Röhle“ eine Versammlung des Verbands für das Leichenschau- und Begräbniswesen Württembergs statt. Der vom Verband entsandene Referent, Leichenschauer M a i c h e l - O b e r m a r t a l, gab in seinen Ausführungen ein anschauliches Bild über die im Verhältnis der fortlaufenden Teuerung unzulänglichen Anstellungsverhältnisse. Es wurde hingewiesen auf den Ministerialerlaß im Reg.-Blatt Nr. 47 betreffend Gebührenfestsetzung für die Leichenschauer. Die Totengräber greifen doreist, bis zur gesetzlichen Regelung, zur Selbsthilfe und haben für Anfertigung eines großen Grabes einen Mindesttarif von 300 Mark (Kindergräber die Hälfte) festgesetzt, Teuerungszuschläge vorbehalten. In Anbetracht dessen, daß die Tätigkeit eines Totengräbers einschließend der Beerdigung selbst, immerhin 12-16 Stunden in Anspruch nimmt, ist dieser Gebührensatz als sehr bescheiden zu bezeichnen, im Gegensatz zu dem heute üblichen Stundenlohn. Als Vertreter der Regierung wohnte der Versammlung Herr Oberamtsarzt Dr. B e h bei, welcher zu den Ausführungen des Referenten noch erläuternde Anmerkungen gab. Es wurde beschloffen, an einem der nächsten Sonntage im Oberamtsbezirk weitere Versammlungen abzuhalten, welche durch die gewählten Vertrauensmänner geleitet werden.

Sirau, 24. Okt. In dem schönen, weiträumigen und komfortablen von Herrn Sanitätsrat Dr. Kömer gütigst zur Verfügung gestellten Konversationsaal seines Sanatoriums eröffnete die hiesige Ortsgruppe des Evangelischen Volksbundes am vorigen Sonntag unter zahlreicher Beteiligung die Reihe ihrer Winterabende mit Streichquartettvorträgen und Lichtbildervorführungen. Zu dem Streichquartett mit Kompositionen von Mozart, Haydn, Gluck hatte unser hiesiger fast auf der ganzen Scala musikalischer Instrumente virtuoser Musikfreund, Herr Finanzrat B ö l t e r, drei andere Künstler von Calw (Frank, Schneider, Espenhain) vereinigt, und es war wirklich Erhebendes, was ihre meisterhafte Kunst dem andächtig lauschenden Publikum darbot. Herr Kaufmann D a u r von

An unsere Postbezieher!
Diejenigen unserer Bezieher, die das Blatt monatlich bestellt haben, machen wir hiemit darauf aufmerksam, daß auf 1. November die Bestellung des Blattes bei den Postämtern und Poststellen erneuert werden muß. Zur Bestellung kann unten angefügter Bestellzettel verwendet werden.
Verlag des „Calwer Tagblatt“.

Calw ferner nahm uns unter Vorzeigung ausgezeichneter, meist kolorierter Lichtbilder auf eine Reise nach Italien, Ägypten und Palästina mit. Länder und Leute, Meeresgestade und Vulkane, Pyramiden und Sphinge, Moscheen und Tempel, Kirchen und Klöster, Jerusalem, Nazareth und Bethlechem, Gethsemane und Delberg, das Tote und das Galiläische Meer. Meisteraufnahmen von Szenen aus der biblischen Geschichte und dergl. zogen in handgreiflicher Natürlichkeit an unserem Auge vorüber, während Herr Schlette, der vielgewandte Hausmeister des Sanatoriums, der den Projektionsapparat bediente, mit Hilfe der von ihm losgelassenen elektrischen Lichtstrahlen die Transparente auf die Leinwand zauberte. Die Aufmerksamkeit für die Bilder vermochte Herr Daur um so mehr zu fesseln, weil er als einfrüher Palästina-Gebler seine interessanten Erläuterungen aus persönlicher Erfahrung und Anschauung schöpfen konnte. Ein von seinen Töchtern mit feiner Klavierbegleitung vorgetragenes ergreifendes Lied: „Der Weg zum Paradiese führt über Golgatha“ trug vollends dazu bei, die weihedolle Stimmung der Anwesenden in würdige Akkorde aufzulösen. Unser rühriger Vorstand, Herr Oberpostsekretär K o c h endlich sprach allen, die zum Gelingen des Abends in irgend einer Weise mitgewirkt haben, mit gewählten Worten im Namen der Ortsgruppe warmen Dank aus. Der allgemeine Gesang des Chorales: „O Jerusalem, du schöne“ schloß den gelungenen Abend. Die von dem Ortsgeistlichen, Herrn Pfarrer B a s t l e r seinerzeit gegründete Ortsgruppe des Evangelischen Volksbundes stellt sich mehr und mehr als ein schätzbares, nicht leicht zu entbehrendes Element des Gemeindelebens heraus, und wir dürfen uns dem Gedanken hingeben, daß diese Pflanzung, gleich den Bäumen in dem Garten des neuen Jerusalems, in gedeihlichem Wachstum dustende Blüten und heilsame Früchte hervorbringe zum Segen für die Einzelnen wie für die Gesamtheit.

Sirau, 24. Okt. Ein böser Schwindel scheint gegenwärtig im Bezirk umzugehen. Taucht da urplötzlich in einem Stalle, wo er ein feines Stück Vieh mit scharfer Spitznase gemittelt hat, ein Unbekannter auf, macht die allein zu Hause befindliche Frau durch ein Höchstangebot kirre, ihm ihr „Räuple“ abzulassen und entfernt sich dann mit nichts dir nichts ohne Namensnennung mit seiner Beute. An dem und dem Orte werde man ihn gleich nachher antreffen, da wolle er alles ins Reine bringen. Aber ach, an bezeichnetem Orte ist hernach weit und breit niemand zu sehen; denn der Unbekannte hat sich ohne zu bezahlen davon gemacht als Freund des „bargeldlosen Geschäftsverkehrs.“ Auf diese Enttäuschung folgt nun eine freudige Ueberraschung, freilich nur um wieder einer argen Enttäuschung Platz zu machen. Denn das „Räuple“ wird nun zwar im Viehwagen des nächsten Bahnzuges entdeckt, aber das Glück des Wiedersehens alsbald wieder zerstört durch das Dazwischentreten eines zweiten Unbekannten, der steif und fest erklärt, das Tierlein gehöre ihm, er habe es diesen Abend von einem Fremden, dessen Namen er nicht wisse, käuflich erworben. Da, ein schriller Pfiff der Lokomotive und die Unterhandlung nimmt ein jähes Ende, ein langgedehntes schmerzliches Nusch des Unterhaltungsgegenstandes und er hat Abschied genommen auf Nimmerwiedersehen. Die Geschädigten aber ziehen ab, an ihrer Habe um ein gut Stück ärmer und um eine bittere Erfahrung reicher. Ähnliches soll auch anderwärts passiert sein. Diese Veröffentlichung trägt vielleicht dazu bei, anonyme Ehrenmänner dingfest zu machen.

Altensteig, 24. Okt. Am Sonntag nachmittag etwa um 2 Uhr war das Siebenmorgewaldle an der Straße nach Egenhausen der Schauplatz eines traurigen Ereignisses. Der verwitwete Schreiner Georg Mast von hier brachte dort bei einer Zusammenkunft mit der ledigen 38 Jahre alten Luise Luz, Tochter des Tagelöhners Luz von hier, dieser einige Revolverkugeln in den Kopf bei und suchte sie zu töten. Trotz des großen Blutverlustes hatte sie noch die

Kraft, sich bis zu ihrer Behausung zu schleppen, von wo sie in das hiesige Krankenhaus gebracht wurde. Der Täter ist verhaftet. Was den sehr fleißigen und nach außen rechtschaffenen Mann zu dieser Verirrung führte, ist unerklärlich. — Am Samstag abend stürzte der bekannte Taubstumme bei Schneidermeister Bähler (Bählers Fidel), als er nach Hause zurückkehrte und starb am Sonntag.
(S.C.B.) Schramberg, 24. Okt. Dem Fabrikarbeiter Gustav Bollmer, der wegen plötzlichen Verlustes der Sehkraft in die Tübingen Augenklinik verbracht werden mußte, konnte dort durch Behandlung mit Elektrizität das Augenlicht wieder gegeben werden.
(S.C.B.) Ohrenbach, O.A. Künzelsau, 24. Okt. Als ein 10jähriger Sohn eines Landwirts die Kühe weidete, kam ein Handwerksburche auf ihn zu und erkundigte sich nach dem Weg. In dem Augenblick, als der Knabe Antwort gab, spritzte ihm der Bagabund eine ähnde Flüssigkeit ins Gesicht, die eine schwere Verbrennung des Gesichts zur Folge hatte. Der Junge liegt schwer darnieder.
(S.C.B.) Vom Oberland, 24. Okt. Der frühe Winter scheint zur unerbittlichen Tafel zu werden. Bis zu den Toren Ravensburgs hat er seine Boten in Gestalt des ersten Schnees geschickt. Bereits am letzten Samstag waren die Höhen der Waldsburg bis gegen Schlier vom Schnee bedeckt. Dazu noch viel Obst auf den Bäumen, Kartoffeln im Boden und wenig Kohlen im Keller.
(S.C.B.) Vom Bodensee, 24. Okt. Fünf Schweizerinnen kamen von der Leipziger Messe zurück. Beim Passieren der Grenze stellten sie durch ihre biden, prächtigen Pelzgarnturen auf. Bei näherem Nachsehen stellte sich heraus, daß jede zwei Pelze kunstgerecht aufeinander genäht hatte. Jede der spekulativen Valuta-eidgenössinnen wurde in eine Geldstrafe von je 500 000 M, zusammen 2½ Millionen M, genommen. Die Pelze wurden beschlagnahmt.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.
Der Kurs der Reichsmark.
* Der Dollar stand gestern auf 4433 M, der Schweizer Franken auf 813 M.
Märkte.
(S.C.B.) Stuttgart, 24. Okt. (Schlachtviehmarkt.) Dem Dienstagmarkt am Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 69 Ochsen, 29 Bullen, 309 Jungbullen, 200 Jungriinder, 356 Kühe, 317 Kälber, 449 Schweine, 7 Schafe, 3 Ziegen. Unverkauft blieben 31 Schweine. Erlös aus je 1 Ztr. Lebendgewicht: Ochsen 1. Qual. 11 800—12 500, 2. Qual. 9500—11 200; Bullen 1. Qual. 11 000—11 400, 2. Qual. 9800—10 600; Jungriinder 1. Qual. 12 000 bis 12 600, 2. Qual. 10 400—11 500, 3. Qual. 9400—10 000; Kühe 1. Qual. 8800—9600, 2. Qual. 7000—8200, 3. Qual. 5000—6200; Kälber 1. Qual. 13 300—14 000, 2. Qual. 12 500—13 200, 3. Qual. 11 000—12 200; Schweine 1. Qual. 29 000—31 000, 2. Qual. 26 500—28 500, 3. Qual. 23 500—25 500 M. Verlauf des Marktes bei Großvieh und Kälbern belebt, bei Schweinen mäßig.
(S.C.B.) Ulm, 24. Okt. (Schlachtviehmarkt.) Zutrieb: 21 Stück Großvieh, 58 Kälber, 48 Schweine. Erlös aus je 1 Ztr. Lebendgewicht: Ochsen 2. Qual. 9500—10 500; Bullen 1. Qual. 10 000—10 800, 2. Qual. 9000—10 000; Rinder 1. Qual. 11 000 bis 11 800, 2. Qual. 9500—10 500; Kühe 1. Qual. 9500—10 000, 2. Qual. 6800—7500, 3. Qual. 4500—6000; Kälber 1. Qual. 13 000 bis 14 000, 2. Qual. 12 000—12 600, 3. Qual. 10 000—11 500; Schweine 1. Qual. 27 500—28 500, 2. Qual. 24 500—26 500, 3. Qual. 22 000—23 000 M. Marktverlauf: lebhaft.
(S.C.B.) Niblingen, 24. Okt. (Schweinemarkt.) Zufuhr 412 Stück. Preis per Stück 4000—5000 M, 4 Stück Läufer 10 000—12 000 M, 2 Mutter Schweine 40 000—50 000 Mark. Handel lebhaft. Zufuhr stark.

Ausneiden!
An das Postamt
Unfrankiert in den Briefkästen stecken

Württ. Landesparkasse in Stuttgart.

Annahme von Depositengeldern von jedermann gegen 5—7% Zins. Gewährung von Krediten in laufender Rechnung zu günstigen Bedingungen.
Näheres bei der Hauptkassa oder ihren Zweigstellen.

Wegen Umbauarbeiten
bin ich gezwungen am

Donnerstag und Freitag
meinen Laden geschlossen

zu halten. Es kann an diesen beiden Tagen keine Ware abgegeben werden.

**Paul Röchle, am Markt,
Calw.**

Calw, den 24. Oktober 1922.
Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme an dem Hinschied unseres lieben Vaters und Großvaters

Samuel Leukhardt

sagen herzlichsten Dank.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Haferchalermelasse

ist eingetroffen und empfiehlt
Otto Jung.

Die jetzigen Verdienstmöglichkeiten werden eines Tages zu Ende sein, deshalb lege heute einen Spargroschen zurück.
Jeder Beitrag gleich welcher Höhe kann auf unserer Sparkasse angelegt werden.
Spar- & Vorschußbank Calw.

Liebenzell.

Wegen Wegzug verkaufe ich am **Donnerstag**, den 28. Oktober nachmittags von 1½ Uhr an im Hause des Fuhrmanns Burkhardt b. Rathaus gegen Barzahlung: Kaffee- u. Weinservices, 12 fach, Küchengeräte, Hausgaltungsgegenstände alles in bester Qualität.
Liebhaber sind eingeladen. **Stadtmv. Kolb.**

Unterzeichneter bestellt hiermit das „Calwer
Cagblatt“ für den
Monat November
und bittet den Bezugspreis durch den Briefträger erheben zu lassen.

Name:

Wohnort:

Bereinigte Deckenfabriken Calw A.-G.

Hiedurch laden wir unsere Aktionäre ein zu einer
außerordentlichen

General-Versammlung

auf **Samstag**, den 18. November ds. Js., vormittags 11¼ Uhr,
in den Kanzleiräumen von Herrn Gerichtsnotar Kragl hier,
mit folgender

Tagesordnung:

Erhöhung des Grundkapitals von Mk. 6500000.- auf Mk. 12500000.- durch Ausgabe von 6000 auf den Inhaber lautenden, den bisherigen Stammaktien gleichstehenden und ab 1. Januar 1923 gewinnberechtigten Stammaktien über je Mk. 1000.—

Ausschluß des gesetzlichen Bezugsrechts unter Einräumung eines mittelbaren Bezugsrechts auf die Hälfte der neuen Aktien an die alten Stammaktionäre.

Abänderung d. Gesellschaftsvertrags. Änderung der §§ 4.8.11.14.15.17.
Zuwahl weiterer zwei Aufsichtsräte.

Zur Teilnahme sind die Aktionäre berechtigt, welche ihre Aktien spätestens am dritten Tag vor der Generalversammlung bei dem Vorstand der Gesellschaft, bei einem Notar oder bei dem Bankhaus Doertenbach & Cie. G. m. b. H. in Stuttgart hinterlegen.

Calw, den 23. Oktober 1922.

Der Vorstand:
Erwin Sannwald.

Bücher zu Geschenkzwecken:

**Deutschland
und das angelsächsische
Weltherrschaftsziel**

von Otto Seltmann
geb. M. 90.— In Halbleinen geb. M. 150.—
(auf holzfrei Papier gedruckt)

Das Urteil der Vernunft

Verfuch einer gemeinverständlichen Darstellung über Ursprung und geschichtliche Entwicklung des geistigen und seelischen Lebens
von Otto Seltmann
geb. M. 120.—, geb. M. 180.—

Der Grenzertragsausgleich

bei Robert Liefmann und sein Zusammenhang mit der Grenznutzentheorie
von Dr. Arnold Kupper

Ein Versuch der Tieferrgründung und Zusammenfügung der in ihren Wert- und Nutzenlehren von H. H. Gossen, W. St. Jevons, C. Mengler, L. Walras und R. Liefmann getrennten Bausteine zu einer einheitlichen Nutzenlehre.
114 Seiten, geb. M. 90.—

Elementarschrift und Elementar-Lesemethode

Zwei Hilfsmittel für das 1. Schuljahr
von J. Beck, Mittelschullehrer
kart. M. 30.—

Die Zerstörung Calw's im Dreißigjährigen Krieg

am 10. September 1634
von Johann Valentin Andrea
geheset M. 25.—

Erhältlich in den Buchhandlungen.



Drucksachen aller Art
liefert rasch die Druckerei dieses Blattes.



Spar- u. Consum-Verein Calw und Umgebung.

Am **Samstag**, den 28. Oktober,
abends 7 Uhr, findet in der Brauerei Dreiß
für die Mitglieder des Vereins von Calw eine
Versammlung

statt, mit welcher zugleich die Abrechnung für das Geschäftsjahr 1921/22 verbunden wird.

Die Mitglieder werden gebeten, ihr Mitgliedsbuch bis spätestens Donnerstag Abend im hiesigen Laden abzugeben.

Um eine möglichst rege Aussprache zuwege zu bringen, bitten wir die Mitglieder um recht zahlreichen Besuch.

Der Vorstand.

Lichtspieltheater Badischer Hof.

Morgen Donnerstag abend 8 Uhr

Das Opfer der Ellen Larsen

von Max Monato u. Paul Ludwig Stein
mit Alfred Abel, Maria Leiko.

Schauspiel in 4 Akten.

Mit Beiprogramm.

Felle

Zahle enorme Preise für Felle all. Art.
Stallhufenfelle nach Größe bis 150 Mark u. mehr.
Legen Sie mir Ihre Felle vor. — Adresse ausschneiden.
**E. Maischhofer, Pforzheim,
Tierpräparation, Lindenstraße 52.**

Suche auf 1. November
für Küche und Haushalt ein
Mädchen.

Albert F. o. Leber,
3. Lamm, Bad Liebenzell.

Jüngerer

Schneider

kann sofort eintreten
bei Christian Dittus,
Schneidemeister Hirsau.

**Heu verkauft
ob taucht geg.**

Karloffeln

J. Hennefarth,
Schleißtal.

Gebe einige Tausend alte

Dachplatten

per Stück 2 Pfg.
gegen Lebensmittel ab.
Andreato, Hirsau.

FreieBäckerinnung Calw und Umgeb.

Von heute ab kostet
1 Paar Wecken 13 Mk.
jed. einzel. Stück 8 "
1 weißes Laible 80 "
1 Kg. marhenrei.
Schwarzbröt 150 "

Bachpreise:
1 langes Blech 10 Mk.
1 rundes Blech 7 "
1 Pfd. Brotback 3 "
durch den Bäcker
hergestellt 5 "

Zu kaufen gesucht:

Guteingebrochtes

Ackerheu fow. Stroh.

Seyfried & Luz,
Sägewerk, Teinach.

In allen einschlägigen Geschäften
zu haben



**Wolkemmo
Weinbrand**
C. W. Kemp Nachf. A. G. Stettin
Gebr. 1830.

Lager unterhält unser General-Vertreter:
Conrad Petruschke, Ulm a. Donau, Fernruf 1457.

Die Franzosen
paganda auf
Lands von
liche Hilfe er
Grundge i
Frankreich
des Vorsteh
ordnenam
gegeben wer
Lands, die na
werden kann,
lich politisch
Den Vericht n

Die französische
aber der leht
dieses teulid
um den Sturz
gebende Press
für Beschlag
und Kührgebi
Zahlungswille
um die Angef
mühteln. Der
Wagnerische
zehler wenige
wenig es der
deutsche Volk
sicherzustellen,
rung der Koh

Infolge der fo
höhung der
nember notw

Di

ber Rep
Paris, 25.
der Reparatio
gesehen. Auf
Salvago, Rag
gierten, sowie
einige Beamte
abend nach Be

Die Repara
ber

Berlin, 25.
bei der Reichs
rationskommis
gen verlangt. I
eingehend berat
suchen, mit den
bei ihren Stand
deutsche Regier
empfindliche Sch
her gemachten
die Reparations
Tonnen Kohlen
derung für un
des deutschen C
unmöglich gem
für 8 bis 9 Mil
führen müssen.
den Industrielle

über die Stun
Berlin, 25.
gleichsamts mit
am 21. Oktober
Abkommen über
gleichsverfahren
Land ist bis zum
Ausgleichsverfa
beden deutschen
des Kompromiss
wird, verpflichte